

Zimmermann, Klaus F.

Article

Ist der Euro noch zu retten?: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Zimmermann, Klaus F. (2010) : Ist der Euro noch zu retten?: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 77, Iss. 48, pp. 20-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/152059>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Schlüssel 2008

Ist der Euro noch zu retten?

von Klaus F. Zimmermann*

Nun also Irland. Nach Griechenland stürzt der ehemalige europäische Musterknabe die Gemeinschaft in eine neue Eurokrise. Den Iren wurden 85 Milliarden Euro an Hilfen zugesagt. Zunächst aber fließt kein Geld. Denn es handelt sich nur um Bürgschaften. Nur wenn Irland seine Kredite tatsächlich nicht zurückzahlen kann, werden der irischen Regierung Kredite des Euro-Rettungsfonds und des Internationalen Währungsfonds zur Verfügung gestellt, um die Schulden zu tilgen. Der durchschnittliche Zinssatz für die vorgesehenen Hilfen soll bei 5,8 Prozent liegen. Dies ist deutlich mehr als die 5,2 Prozent, die Griechenland bei seiner Rettung im Frühjahr zahlen musste. Angesichts der über acht Prozent, die Irland derzeit an den Kapitalmärkten begleichen müsste, ist das freilich ein Schnäppchen.

In der Folge wird sich Irland harten Sparprogrammen unterwerfen müssen. Die ersten Streiks und die politischen Reaktionen im Lande machen klar, dass diese Programme politisch schwer durchsetzbar sein werden. Und Streiks können die Leistungsfähigkeit des Landes schwächen und die Ziele unerreichbar machen. Dann müssten der Internationale Rettungsfonds und die Euro-länder für die Milliarden geradestehen.

Die Kapitalmärkte sind sehr verunsichert und verlangen hohe Risikoaufschläge. Das gilt vor allem, wenn hohe Schulden mit anderen wirtschaftlichen Problemen zusammenkommen. Portugal mit einer mi-

serablen Wettbewerbsfähigkeit und Spanien mit einer Arbeitslosigkeit von über 20 Prozent sind daher bereits im Visier der Finanzmärkte. Auch Italien ist noch nicht aus der Diskussion. Deutschland tut gut daran, in dieser Gesamtsituation seine Sparanstrengungen zu erhöhen, um seine Staatshaushalte zu sanieren. Dann wird es weiter kreditwürdig bleiben.

Der Rettungsfonds könnte so für Europa bald nicht mehr ausreichen. Das wäre dann ein neuer Anlass für eine Eurokrise. Es erscheint deshalb zwingend, dass die möglichen Hilfslinien ausgeweitet werden. Eine Verdoppelung der Bürgschaften im Rettungsschirm ist vorstellbar. Das Problem kann aber dauerhaft so nicht gelöst werden. Um den Euro zu sichern und die Schuldenkrise in den Griff zu bekommen, müssen endlich Banken und Versicherungen an den Lasten beteiligt werden. Hier hat die Bundesregierung Recht: Ohne Insolvenzregelungen für Staaten, die private Investoren mit belasten und damit die Schuldenlasten deutlich senken, wird keine Ruhe einkehren.

Diejenigen, die an das Ende des Euro glauben und die Rückkehr der D-Mark herbeisehnen, irren. Der Dollar steht mittelfristig vor größeren Herausforderungen, wenn sich in den USA die Schuldenkrise manifestiert. Und ein Großteil unserer Exporte geht ohne Wechselkursrisiken in den Binnenraum unserer europäischen Partner. Es liegt im deutschen Interesse, den Euro zu stabilisieren.

* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Alexander Kritikos
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Dr. Dietmar Edler
Prof. Dr. Pio Baake

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.